



EUROPAS ZIVILE RETTUNGSORGANISATIONEN WEISEN FRONTEX-VORWÜRFE ZURÜCK

Seenotrettungsorganisationen unterstützen durch ihre Missionen im Mittelmeer Schlepperbanden, die an den gefährlichen Überfahrten verdienen, erklärte Frontex-Chef Fabrice Leggeri im Interview mit der Zeitung "DIE WELT" am 27. Februar 2017.

Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner dieses Statements weisen diese Vorwürfe entschieden zurück. Die Anschuldigungen verdrehen die Tatsachen. Menschen fliehen nicht, weil es Schleppernetzwerke gibt. Es gibt Schleppernetzwerke, weil Menschen fliehen. Nur legale Einreisewege in die EU können das Geschäft der Menschenhändler unterbinden.

Fabrice Leggeri formuliert es als Vorwurf, dass NGOs inzwischen 40 Prozent der Rettungen (Quelle: EUNAVFOR MED Bericht) übernehmen. Eigentlich zeigen diese Zahlen doch vor allem, dass die EU hier ihrer Verantwortung nicht nachkommt. Zivile Seenotrettung ist nur nötig, weil es für Schiffbrüchige keine Hilfe von staatlicher Seite gibt. Es ist zynisch, nun ausgerechnet jene Organisationen zu diskreditieren, die Menschen auf hoher See retten. Unser Mandat unterscheidet sich ganz klar von dem der Polizei- und Militäroperationen im Einsatzgebiet. Unsere Crews sind nicht vor Ort, um Schleppernetzwerke zu zerschlagen, sondern um humanitäre Hilfe zu leisten, wie unser gemeinsamer [Code of Conduct](#) zeigt.

Es gibt, anders als von Leggeri behauptet, keine Bemühungen in Richtung legaler Einreisewege. Das Schließen der Balkanroute, der EU-Türkei-Deal sowie die Ausbildung der Libyschen Küstenwache sind Maßnahmen, die die Migration nach Europa verhindern und damit die Not und Unsicherheit von Flüchtenden verschärfen. Anstatt legale Einreisemöglichkeiten zu bieten, werden Flucht und Flüchtende kriminalisiert.

Wir – tausende private SpenderInnen, ehrenamtliche RetterInnen, Unterstützerinnen und Unterstützer – verteidigen die europäischen Werte, indem wir aktiv etwas gegen den Misstand auf dem Mittelmeer unternehmen! Langfristig kann die Versorgung Schutzbedürftiger an Europas Grenzen nicht Aufgabe der Zivilgesellschaft bleiben.

2. März 2017

[Sea-Watch](#) ♦ [Jugend Rettet](#) ♦ [Alarmphone](#) ♦ [Mission Lifeline](#) ♦ [Borderline Europe](#) ♦ [CADUS](#)